

Aus der Gemeinderatssitzung vom 20.03.2019

Zu Beginn der Sitzung ging Frau Bürgermeisterin Kugel auf Anfragen aus der Bürgerschaft und dem Gemeinderatsgremium ein hinsichtlich des AMO-Geländes bei Hegenberg und dessen Rekultivierung. Vom Landratsamt Bodenseekreis habe die Verwaltung die Auskunft erhalten, dass die Rekultivierungsarbeiten planmäßig vorangingen und man davon ausgehe, dass diese bis Ende dieses Jahres abgeschlossen seien. Man bitte die betroffenen Anwohner weiterhin um Verständnis für die Lärmbelästigung durch Baufahrzeuge.

Des Weiteren gab Frau Bürgermeisterin Kugel den Termin zur Einweihung der neuen Sporthalle in Meckenbeuren bekannt. Die Eröffnung soll am Freitag, 10. Mai 2019 um 17.00 Uhr mit einem Festakt gefeiert werden. Anschließend hätten interessierte Bürger die Gelegenheit, den Neubau zu besichtigen.

Anlegen von Parkplätzen

Herr Schmid vom Ingenieurbüro Rapp + Schmid aus Biberach stellte die Planungen zur Anlegung der nachfolgenden Parkplätze vor. Bei allen drei Parkplätzen ist vorgesehen, die Stellplätze zu pflastern und die Fahrgassen zu asphaltieren.

a) Parkplatz in der Georgstraße bei der neuen Sporthalle

Die Zahl der Stellplätze könne mit der vorgestellten Planung von derzeit ca. 30 auf 48 erhöht werden, davon seien 3 Plätze als Behindertenparkplätze ausgewiesen, so Herr Schmid. Damit sei die in der Baugenehmigung geforderte Stellplatzzahl erfüllt. Die Auftragsvergabe solle noch vor der Sommerpause erfolgen, die Fertigstellung sei für Anfang November eingeplant bei Gesamtkosten von rund 290.000 €.

Der Gemeinderat stimmte der vorgestellten Planung zu (19 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung). Der Vorschlag von Eugen Lehle (FW), einen Teil der Stellplätze über das Standardmaß von 2,50 m hinaus auf 2,70 m zu verbreitern, wurde mehrheitlich abgelehnt (11 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen).

b) Umgestaltung des ehemaligen Containerstandorts in der Schillerstraße zu Parkplätzen mit Parkscheinautomat

Hierzu informierte Frau Bürgermeisterin Kugel, dass der Gemeinderat beschlossen habe, nach der Auflösung des Containerstandortes an dieser Stelle Parkplätze zu schaffen für eine mehrtägige Nutzung und zwar hauptsächlich für Bahnreisende. Um einem Missbrauch durch

Flughafengäste vorzugreifen, sollen diese Parkplätze jedoch gebührenpflichtig und die Parkdauer auf wenige Tage begrenzt werden.

Herr Schmid stellte 2 Planungsvarianten vor: Eine Schrägaufstellung der Stellplätze (ermöglicht ein komfortableres Ein- und Ausfahren, insgesamt 13 Stellplätze) und eine Senkrechtaufstellung (insgesamt 18 Stellplätze). Beide Varianten sehen jeweils einen Behindertenparkplatz vor. Mit dem Bau solle im Frühjahr 2020 (nach Fertigstellung des Parkplatzes in der Georgstraße) begonnen werden, die Fertigstellung sei für Mai 2020 eingeplant bei Gesamtkosten von 126.000 €.

Der Gemeinderat sprach sich mehrheitlich für die Variante „Senkrechtaufstellung“ mit 18 Stellplätzen aus (16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen).

c) Befestigung des bereits bestehenden Mitarbeiterparkplatzes beim Rathaus

Um weitere, regelmäßig anfallende Kosten für die Instandhaltung zukünftig einzusparen und ein sicheres Begehen und Nutzen dauerhaft zu bewerkstelligen, werden hier 19 Stellplätze befestigt, so Herr Schmid. Der Baubeginn sei für Juni 2019 vorgesehen, nach Abschluss der Außenbelagsarbeiten um das Rathaus. Die Gesamtkosten für diesen Parkplatz liegen bei ca. 50.000 €.

Der Gemeinderat hat dieser Planvorstellung einstimmig zugestimmt.

Bildungszentrum – Überdachung und Videoüberwachung

Zu diesem Thema begrüßte Bürgermeisterin Elisabeth Kugel die Schulleiterin Frau Ulrike Wiedmann, die für Fragen aus dem Gremium zur Verfügung stand.

Ortsbaumeister Axel Beutner informierte in seinem Sachvortrag, dass Schulleitung und Elternbeirat des Bildungszentrums gemeinsam zum einen den Antrag auf Videoüberwachung des Fahrradstellplatzes gestellt hätten in der Hoffnung, dass damit die Sachbeschädigungen an den abgestellten Fahrrädern eingedämmt werden können. Zum anderen bestehe der Wunsch nach einer Überdachung an der Schule, um den Schülern eine Unterstellmöglichkeit bei Regen und Schnee bieten zu können. Außerdem sei in diesem Zusammenhang auch das Thema Parkplatzsituation angesprochen und auf die Zerstörung und Verschmutzung des Schulgeländes hingewiesen worden.

Zum Thema „Überdachung“ berichtete Herr Beutner, dass darüber bei der Planung zum Bau des neuen Bildungszentrums mehrfach diskutiert worden sei. Aufgrund langjähriger Erfahrungen und den bekannten Problemen, die eine Überdachung mit sich bringe

(ungewollter Aufenthalt von Personen, auch nachts und am Wochenende mit Sachbeschädigungen und Vermüllung) habe man beim Neubau auf eine Überdachung verzichtet. Dafür seien jedoch im Innenbereich mehrere große Aufenthaltsflächen geschaffen worden zur Kompensation bei Schlechtwetter. Diese Flächen würden jedoch zu Gunsten des pädagogischen Konzepts zwischenzeitlich als Lernzonen genutzt und seien mit Mobiliar bestückt. Schulleiterin Wiedmann erklärte, dass die Schüler für erfolgreiches Lernen auch während des Vormittags unabhängig vom Wetter zumindest einmal an die frische Luft sollten und es ein dringender Wunsch der Eltern und Schüler sei, hier Abhilfe zu schaffen und zumindest für einen gewissen Teil der Schülerschaft eine Überdachung anzubieten. Frau Bürgermeisterin Kugel betonte, dass sie dieses Thema bewusst zur Diskussion gestellt habe, um das Anliegen der Eltern und Schüler aktuell aufzugreifen und ernst zu nehmen. Sie sehe in einer gewissen Überdachung eine wertvolle Ergänzung für eine vielfältige Schulhofgestaltung und denke auch an den Sonnenschutz im Sommer und Synergieeffekte für die Ferienspielstadt Mini-Mecka, die davon profitieren könnte. Bei 10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen hat der Gemeinderat den Bau einer Überdachung an der Schule beschlossen.

Zur beantragten Videoüberwachung des Fahrradabstellplatzes teilte Hauptamtsleiter Jens Hulbert mit, dass eine solche rechtlich nur unter sehr engen Auflagen möglich sei. Es müssten massive Sachbeschädigungen und Manipulationen vorliegen. Die bisherigen Vorfälle würden eine Videoüberwachung jedoch nicht rechtfertigen. Außerdem sei eine Videoüberwachung ein Eingriff in die persönlichen Schutzgüter. Als Alternative schlage die Verwaltung eine vermehrte Kontrolle des Fahrradabstellplatzes durch die Gemeindevollzugsbedienstete und eine häufigere Präsenz durch die Polizei vor sowie eine entsprechende Präventionsarbeit in der Schule. Gemeinderat Sebastian Hanser (FW) schlug vor, das Problem des Vandalismus im Kern anzugehen und den Fahrradabstellplatz an einen anderen Ort zu verlegen, der besser einsehbar sei.

Zur Beschlussfassung informierte Frau Bürgermeisterin Kugel, dass es bezüglich der Videoüberwachung kein Spielraum für eine Entscheidung gebe, deshalb könne hierüber nicht abgestimmt werden. Allerdings hat der Gemeinderat beschlossen, den Fahrradabstellplatz an einen anderen Ort im Schulhof zu verlegen (10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

Bürgermeisterin Kugel griff das Thema Parkplatzsituation auf und das Anliegen des Lehrerkollegiums, Lehrerparkplätze auszuweisen. Allerdings bestehe hier kein gesetzlicher Anspruch. Um eine Gleichbehandlung aller Mitarbeiter von Rathaus, Bildungszentrum und Kinderhaus zu gewährleisten, schlage die Verwaltung vor, die Parkplätze am Rathaus (auch den bisherigen Mitarbeiterparkplatz des Rathauses) einheitlich zu beschildern und tagsüber für die genannten Benutzergruppen und für Besucher zu reservieren.

Es erging folgender Beschluss: Die Parkplätze am Rathaus werden einheitlich beschildert und tagsüber allen Mitarbeitern und Besuchern des Rathauses, Bildungszentrums und des Kinderhauses gleichberechtigt zur Verfügung gestellt (19 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung).

Erweiterung des Gewerbegebietes „Meckenbeuren-Flughafen“

Für die Erweiterung des Gewerbegebietes ist ein Bebauungsplanverfahren mit parallelem Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren notwendig. Einstimmig wurde beschlossen, die Planungsleistungen für den Bebauungsplan, den Umweltbericht mit Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung sowie das parallel erforderliche Änderungsverfahren zum FNP (Flächennutzungsplan) auf der Grundlage des Angebots vom 25.02.2019 und Kosten von rund 62.000 € an das Büro Helmut Hornstein, Überlingen zu vergeben.

Haushaltsberatungen 2019

Kämmerer Simon Vallaster informierte kurz zu den aktualisierten Eckdaten des Haushaltes. Als Ergebnis der bisherigen Haushaltsberatungen im Gremium und aufgrund einer Berichtigung eines Übertragungsfehlers bei den Grundstückserlösen (2,5 Mio. €) konnte die erforderliche Rücklagenentnahme zum Haushaltsausgleich nunmehr erfreulicherweise reduziert werden auf rd. 10,3 Mio. € (bisher geplant rd. 13,6 Mio. €).

Folgende Haushaltsansätze bzw. Fraktionsanträge wurden anschließend beraten:

Anschaffung eines Fahrzeugs für den zusätzlichen Hausmeister (Asylunterkünfte)

Bei einer Enthaltung hat der Gemeinderat beschlossen, den Ansatz von 10.000 € für die Anschaffung eines zusätzlichen Hausmeister-Fahrzeugs im Haushalt zu belassen unter der Bedingung, dass die Verwaltung noch Alternativlösungen prüft.

Von Anita Scheibitz (CDU) kam der Vorschlag, als Alternative ein Lastenfahrrad anzuschaffen, um hier bezüglich Energieeinsparung und Umweltbewusstsein Zeichen zu setzen. Ergänzend hierzu schlug Kilian Straub (CDU) die Anschaffung eines Elektrofahrzeuges analog den Kastenwägen der Deutschen Post vor.

Maschinenpauken für die Musikschule

Hauptamtsleiter Jens Hulbert informierte zum Antrag der Musikschule auf Beschaffung von 4 Maschinenpauken für die Schlagzeugklasse. Es liege hierzu mittlerweile ein moderates Angebot über 17.000 € vor. Vorgesehen sei, diesen Betrag auf die Haushaltsjahre 2019 und 2020 hälftig zu splitten.

Katja Fleschhut (BUS) konnte dieser Anschaffung nicht zustimmen; von dieser teuren Investition würden nur wenige Schüler profitieren. Ihrer Meinung nach sollten die für die Musikschule eingesetzten Gelder gerechter verteilt werden. Dem hielt Michael Keckeisen (CDU) entgegen, dass gerade im Schlagzeugbereich die Schüler auf sehr hohem Niveau ausgebildet würden und dass der Einsatz der Musiklehrer auch entsprechend honoriert werden müsse.

Beschluss: Der Anschaffung der 4 Maschinenpauken, verteilt auf 2 Jahre mit je 8.500 €, wird zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

Klimaanlage/Kühlkonzept Kulturschuppen

Ortsbaumeister Axel Beutner blickte zurück auf die bisherigen Diskussionen zu diesem Punkt. Bereits 2011 habe sich der Gemeinderat mit diesem Thema befasst. Hierbei sei es nur um die Kühlung des Saales, nicht um den Foyerbereich gegangen. Im Gespräch sei damals der Einbau einer sog. Split-Kälteanlage gewesen mit Kosten von rd. 85.000 €. Anlässlich der Haushaltsberatungen für 2016 sei dieses Thema wieder aufgegriffen worden und über die Anschaffung eines Registerkühlers für 155.000 € diskutiert worden, welcher aber nicht die gewünschte Kühlung erbracht hätte und deshalb abgelehnt wurde. Als Minimallösung sei daraufhin ein Sonnenschutz auf dem Glasdach im Foyerbereich angebracht worden. Für eine richtige Klimaanlage, die die erhoffte Abkühlung bringen könne, müsse mit Kosten von mehr als einer halben Million Euro gerechnet werden. Tatsache sei aber, dass eine Klimatisierung im Kulturschuppen nicht möglich sei. Eine Klimatisierung sei auch nie Bestandteil der Konzeption und des Siegerentwurfes in 2001 des Büros Jauss & Gaupp sowie der Umsetzung

in 2008/2009 gewesen. Hierfür bedürfe es technischer Voraussetzungen, die im Kulturschuppen nicht gegeben seien. So sei zum einen der vorhandene Technikraum im Obergeschoss über der WC-Anlage zu klein und ein weiterer wäre erforderlich auf dem Flachdach des Anbaus der Hinterbühne. Dieses Dach wäre zum Aufbau eines weiteren Technikraums statisch nachzurüsten. Es sei nicht dafür ausgelegt, Lasten aus einem neu zu bauenden Technikraum aufzunehmen. Des Weiteren sei bei einer Klimatisierung mit einer Klimaanlage die Problematik des Kondensatausfalls zu betrachten. Hierzu wären weitreichende Umbau- und Nachrüstarbeiten in die Gebäudehülle erforderlich. Dies betreffe nicht nur die Wände und das Dach, sondern auch den Boden, der als Ziegeldecke über dem 80 cm hohen und ungedämmten Kriechkeller gebaut ist. Auch seien Kühlungsverluste sowie solare Wärmeeinträge über das verglaste Foyer und den komplett ungedämmten Waggon zu erwarten.

Peter Banholzer (FW) sprach sich dafür aus, jetzt „einen Knopf an die Sache zu machen“. Die Kosten würden ständig steigen und wenn mit dem angesprochenen Registerkühler keine deutliche Kühlung erreicht werden könne, dann müsse die jetzige Situation so akzeptiert werden. Karl Gälle (CDU) war der Auffassung, dass nun endlich „Geld in die Hand“ genommen werden müsse, um den Kulturschuppen angemessen auszustatten. Man laufe Gefahr, dass aufgrund der Temperaturen im Sommer keine Künstler mehr kämen. Teresa Lorusso (CDU) äußerte sich dahingehend, angesichts der geringen Anzahl der Veranstaltungen im Sommer den Kulturschuppen so zu belassen wie er ist, schließlich sei es „ein Schuppen und kein Opernhaus“.

Bürgermeisterin Elisabeth Kugel erläuterte, dass nach eingehender Betrachtung schlichtweg die technischen Möglichkeiten begrenzt seien. Der Kulturschuppen habe bezüglich des grundsätzlich wünschenswerten Einbaus einer Klimaanlage einen Schwachpunkt, nämlich den Waggon. Zudem sprächen die oben erwähnten weiteren Gründe und Ausschlusskriterien dagegen. Durch eine Lüftung, in welcher Art auch immer, werde keine ausreichende Reduzierung der Temperaturen erreicht, die den Aufwand rechtfertige. Sie verstehe die Anliegen der Befürworter; aber selbst wenn es technisch machbar wäre, stünden die Kosten für eine professionelle Klimatisierung jedoch in keinem Verhältnis zum Nutzungsumfang des Kulturschuppens.

Der Beschlussvorschlag, Möglichkeiten für eine Kühlung des Kulturschuppens weiter zu verfolgen, wurde wegen der fehlenden technischen Möglichkeiten mehrheitlich abgelehnt

(18 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen). Der Haushaltsansatz von 100.000 € wird somit aus der Investitionsliste gestrichen.

Parkplatz am Bahnhof im Bereich der ehemaligen „Grünen Schiene“

Bei dem eingestellten Betrag von 50.000 € gehe es nicht um die Asphaltierung des Parkplatzes, sondern um die Schaffung von Infrastruktur für diesen Bereich (Wasser-, Abwasser-, Stromleitungen). Dies sei sinnvoll, um den Platz künftig für Veranstaltungen/Feste besser nutzen zu können. Um hierfür eine konkrete Planung durchführen zu können, müsse im Haushalt ein bestimmter Betrag eingestellt werden, so Ursula Braunger-Martin, Leiterin Tiefbau. Ordnungsamtsleiterin Bernadette Pahn ergänzte, dass dieser Platz Potential habe, um gemeindliche Veranstaltungen durchzuführen. Als Beispiel nannte sie den Fasnetssonntag und den zusammen mit dem Bahnhofsfest stattfindenden E-Mobilitätstag. Diese Veranstaltung sei bekanntlich bisher am KIM-Center angesiedelt, eine Bewirtung, Toiletten etc. könnten dort mangels Infrastruktur jedoch nicht angeboten werden.

Beschluss: Der Ansatz von 50.000 € zur Planung und Einrichtung der Infrastruktur wird im Haushalt belassen (14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen).

Antrag der SPD-Fraktion, im Haushalt 200.000 € für Belegungsrechte für Mietwohnungen einzustellen

Für die SPD-Fraktion erläuterte Ingrid Sauter den Antrag: Es gehe dabei um die Bereitstellung von Mitteln für einen eigenständigen Beitrag der Gemeinde für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dies solle Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein zu Gute kommen. Mit der Summe von 200.000 € sollen Belegungsrechte von Wohnbaugesellschaften und Investoren oder anderen Eigentümern erworben werden, so dass diese Wohnungen zu günstigen Mietpreisen vermietet werden können. Die Gemeinde würde die Förderhöhe, die Mietbindung (Dauer) und den Mietpreis (normalerweise -20 %) festlegen. Die Verwaltung und der Gemeinderat hätten sich schon mehrmals mit diesem Thema beschäftigt wie z.B. die Entwicklung vom „Quartier Buch“ und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, führte Ingrid Sauter weiter aus. Dies seien alles richtige und gute Ansätze, die Umsetzung dauere jedoch zu lange. Die SPD-Fraktion wolle mit ihrem Antrag nun ein Zeichen setzen und einen ersten Beitrag leisten.

Dass man sich mit diesem komplexen Thema auseinandersetze, werde von ihr grundsätzlich begrüßt, so Bürgermeisterin Kugel. Sie sehe allerdings nicht unerhebliche Herausforderungen bei der Umsetzung eines solchen Modells. Der Verwaltungsaufwand sei hoch, es erfordere entsprechendes Fachpersonal zur Erarbeitung der Richtlinien, Antragsbearbeitung, Mittelgewährung, Kontrolle etc. Sie kenne keine vergleichbare Gemeinde, die ein solches Modell umsetze.

Frau Sauter entgegnete, dass die Stadt Friedrichshafen hier bereits Vorarbeit geleistet und entsprechende Förderrichtlinien erstellt habe und diese übernommen werden könnten.

Kämmerer Simon Vallaster informierte, dass das Modell bedeute, dass die Gemeinde Mietzuschüsse als Deckungslückenfinanzierung zur ortsüblichen Vergleichsmiete gewähre.

Peter Banholzer (FW) bemerkte, dass er sich das Modell bei bestehenden Wohnungen nicht vorstellen könne, es würde ein Verdrängungswettbewerb geschaffen. Annette Mayer (BUS) bezeichnete das beantragte Programm als nicht uninteressant, allerdings plädiere sie zunächst für eine Grundsatzdiskussion im Gemeinderat über die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, bevor über Einzelmaßnahmen abgestimmt werde.

Mit dem Belegungsrecht werde kein neuer Wohnraum geschaffen, urteilte Dr. Josef Sauter (CDU). Dies sei aber vorrangiges Ziel. Die Gemeinde könne dieses konkret angehen beim beabsichtigten Bau einer Kindertagesstätte in Kombination mit bezahlbarem Wohnraum auf dem gemeindeeigenen Grundstück im Jasminweg.

Für Jonathan Wolf (SPD) ist es wichtig, dass mehrgleisig gefahren werde. Bezahlbarer Wohnraum schaffen sei ein umfangreiches und langwieriges Thema, das beantragte Programm der SPD für Belegungsrechte sei ein kleiner Teil davon und ein erster Schritt.

Bei 13 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wurde der Antrag der SPD-Fraktion, im Haushalt 200.000 € für Belegungsrechte für Mietwohnungen einzustellen, abgelehnt.

Haushaltspläne 2019 für die Eigenbetriebe Wasserversorgung, Abwasser und Beteiligung Regionalwerk

Den von Kämmerer Simon Vallaster vorgestellten Einzelplänen zu den Eigenbetrieben wurde einstimmig zugestimmt.

Haushaltsrede Bürgermeisterin Elisabeth Kugel

Im Anschluss an die Diskussion zur Haushaltsplanung präsentierte Bürgermeisterin Kugel ihre Haushaltsrede. Diese kann auf der Homepage der Gemeinde nachgelesen werden unter <https://www.meckenbeuren.de/de/rathausbuergerservice/kommunalpolitik/buergermeisterin/>.

WC-Anlage beim Bahnhof

Die Gemeinde schlägt vor, am ehemaligen Standort des Biketowers eine öffentliche WC-Anlage zu installieren und hat hierzu Angebote zweier Firmen eingeholt. Die zuständige Sachbearbeiterin Ursula Braunger-Martin erläuterte in der Sitzung die verschiedenen Ausführungsvarianten. Bei dem von der Verwaltung präferierten Modell der Firma Hering mit Anti-Graffiti-Beschichtung, automatischer Sitzbrillen- und Fußbodenreinigung betragen die Gesamt-Herstellungskosten rd. 188.000 €. Diese belaufen sich beim zweiten Modell in Edelstahlausführung, ähnlich den WCs entlang der Autobahnen, mit nur einem WC-Topf und ohne automatischer Sitzbrillenreinigung auf rd. 150.000 €. Für eine gute Akzeptanz in der Bevölkerung sei eine professionelle Reinigung und zuverlässige Wartung wichtig. Bei beiden Modellen sei dafür mit jährlichen Folgekosten von ca. 12.000 € zu rechnen, berichtete Frau Braunger-Martin weiter.

Sowohl Christof Hartmann (FW) als auch Ingrid Sauter (SPD) sprachen sich für die Anschaffung des Modells der Firma Hering aus, jedoch in etwas „abgespeckter“ Form. Anette Kramer (FW) stellte angesichts der hohen Anschaffungs- und Folgekosten das Kosten-Nutzungsverhältnis in Frage und richtete an die Verwaltung die Bitte, zu prüfen, ob nicht doch alternativ im Bahnhofsgebäude eine von außen zugängliche öffentliche Toilette eingerichtet werden könne. Frau Braunger-Martin entgegnete, dass diese Alternative bereits seit langem diskutiert werde, aber aufgrund der gegebenen Räumlichkeiten nicht möglich sei. Für Karl Gälle (CDU) sind die Kosten für diese WC-Anlage zu hoch. Er schlug vor, in die Vesper-Halle eine einfache Toilette mit Außenzugang einzubauen. Die BUS-Fraktion habe wegen der Kosten ebenfalls „geschluckt“, berichtete Katja Fleschhut. Allerdings sei die Einrichtung einer öffentlichen Toilette am Bahnhof dringend und wichtig.

Anita Scheibitz und Teresa Lorusso (CDU) waren der Meinung, dass die Planung nochmals überdacht und Alternativlösungen gesucht werden sollten.

Es handle sich beim geplanten Standort um einen „markanten Punkt“ in Meckenbeuren, dieser sollte nicht durch eine WC-Anlage verbaut werden, so Eugen Lehle (FW). Sein Vorschlag war, in das denkmalgeschützte sanierungsbedürftige Nebengebäude des Bahnhofs eine öffentliche Toilette einzubauen. Dies sei auch bereits schon früher im Rahmen des Sanierungsprogramms „Bahnhof“ Thema gewesen, wegen der hohen Kosten und der abseitigen Lage jedoch abgelehnt worden.

Frau Bürgermeisterin Kugel fasste zusammen, dass dieses Thema schon seit langem diskutiert werde, der Bedarf für eine öffentliche Toilette für die Bürgerschaft und Touristen dringend sei und mit der Anschaffung des Modells der Firma Hering endlich eine erfolgsversprechende Umsetzung in Aussicht gestellt sei.

Frau Dr. Herold-Schmidt (BUS) regte zum Schluss an, bei den umliegenden Gaststätten nachzufragen, ob diese nicht bereit wären, bei entsprechender Bezuschussung durch die Gemeinde deren Toiletten öffentlich zugänglich zu machen, was allerdings nur zu deren Öffnungszeiten nutzbar wäre.

Die Verwaltung wird die angesprochenen Alternativen prüfen. Eine Beschlussfassung wurde auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.